

# Greenwash

## Agrosprit und der Palmölboom in Südostasien

**Die Entscheidung der Europäischen Union, bindende Ziele für Agrotreibstoffe im Transportsektor festzulegen, wird den Palmölboom in Südostasien zusätzlich anheizen. Doch auf wessen Kosten?**

Oliver Pye

Trotz monatelanger Kampagnen von Umweltverbänden und NGOs hat das Europaparlament im Dezember 2008 dem 20/20/20 Paket (20 Prozent weniger Kohlendioxidemissionen, 20 Prozent erneuerbare Energien, 20 Prozent weniger Energieverbrauch) zugestimmt, bei dem bis 2020 auch zehn Prozent des Energieverbrauchs im Transportsektor aus erneuerbaren Quellen stammen sollen.

Weil diese zum großen Teil aus dem Süden importiert werden müssen, wuchsen die Befürchtungen, dass der Anbau von Soja, Zucker oder Palmöl für »Biosprit« auf Kosten der Wälder Amazoniens und Südostasiens und auf Kosten der Ernährungssicherheit der Armen durchgesetzt werden wird.

Als Zugeständnis an die kritische Öffentlichkeit, hat die EU nun »Nachhaltigkeitskriterien« hinzugefügt, die dies verhindern sollen. Doch können diese Kriterien für »nachhaltiges Palmöl« sorgen, oder wird die Palmölindustrie in Südostasien jetzt grünewaschen?

### Expansion für Biosprit

Allein die Aussicht auf den Agrotreibstoffmarkt in Europa hat schon zu einer massiven Expansion der Palmölplantagen in Südostasien geführt. Die Palmölindustrie schätzt, dass ein zehn Prozent-Ziel einen

zusätzlichen Bedarf an neun Millionen importierten Tonnen Palmöl erzeugen könnte, was immerhin über die Hälfte der Jahresproduktion Malaysias darstellt.

Seit einigen Jahren findet in der Industrie ein beispielloser Konzentrationsprozess statt, der eine vertikale Integration in globale Produktionsketten ermöglicht, sowie – von Malaysia ausgehend – eine transnationale Expansion der Plantagen nach Indonesien, Papua-Neuguinea, und weiter nach Afrika und Lateinamerika.

Malaysisches Kapital, wie die Kuok Gruppe (die das größte private Palmölunternehmen Wilmar mit Sitz in Singapur gründete), sowie das Staatsunternehmen Sime Darby (eine politisch herbeigeführte Fusion zwischen den drei wichtigsten Palmölunternehmen Sime Darby, Guthrie und Golden Hope) spielen hierbei eine zentrale Rolle. In den letzten zehn Jahren fand eine Verdopplung der Gesamtfläche auf zehn Millionen Hektar

statt. Nachdem ehemalige Gummipflanzungen der (kolonialen) Kerngebiete in West-Malaysia und im Norden Sumatras zu Palmölplantagen umgewandelt

worden sind, stieß man dann in vorher bewaldete Gebiete in Zentral- und Südsumatra, in Sabah und Sarawak, und heute in Kalimantan und West Papua vor. Bis 2020 werden schätzungsweise noch mal 15 Millionen Hektar dazukommen.

Diese rasche Expansion ist meist mit gewaltsamen Konflikten behaftet, werden doch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse komplett neu geordnet. Die indigenen Bewohner Borneos, Papuas und Sumatras werden durch die Umwandlung ganzer Landstriche ihrer Waldressourcen und somit ihrer Subsistenzmöglichkeiten beraubt. Kleinbauern verlieren ihr Land dadurch, dass eine Regierungsbehörde oder Distriktverwaltung es den Plantagenunternehmen zuspricht. Auch nach der Durchsetzung der Palmölplantagen entwickeln sich Konflikte zwischen den



Der Autor ist Forst- und Südostasienwissenschaftler. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziale Bewegungen in Thailand und gesellschaftliche Naturverhältnisse in Südostasien. Seit zwei Jahren arbeitet er zur Palmölkontroverse in transnationaler Perspektive.

Unternehmen und den KleinproduzentInnen, und mit den ArbeiterInnen.

Ökologisch gesehen sind die Monokulturen eine Katastrophe. Bei den artenreichen Wäldern Südostasiens führt eine Umwandlung zu Palmölplantagen zu einem abrupten Verlust von Biodiversität. Eine Studie, die auf Sumatra Tieflandregenwald mit Gummi- und Palmölplantagen vergleicht, stellt eine Verringerung der Artenvielfalt um 61-80 Prozent bei Vögeln, um 94-100 Prozent bei Affen und um 87 Prozent bei Fledermäusen fest (Danielsen und Heegaard 1995). Am stärksten betroffen sind größere Arten wie die Orang-Utan, die durch die Zerstückelung der restlichen Waldstücke durch Plantagen zusätzlich gefährdet sind. Aber auch klimapolitisch ist die Umwandlung von Wäldern in Agrospritplantagen wenig sinnvoll. Vor allem bei den ausgedehnten Torfwäldern Borneos und Sumatras, die einen tausendjährigen und meterdicken Kohlenstoffspeicher darstellen, werden bei der Austrocknung und Anlage von Plantagen ungeheure Mengen von Kohlenstoff freigesetzt. Die internationale Umweltorganisation Wetlands International rechnete aus, dass dadurch jährlich bis zu 2.000 Megatonnen Kohlendioxid freigesetzt werden und Indonesien somit an die dritte Stelle der Treibhausgasproduzenten nach den USA und China rückt.

Das Schicksal und drohende Aussterben des Orang-Utans und der klimapolitische Wahnsinn des Biosprits aus Palmöl sind von europäischen Umweltorganisationen breit thematisiert worden. In Deutschland haben gerade die Filme von Altemeier und Hornung ([www.globalfilm.de](http://www.globalfilm.de)) einen großen Beitrag geleistet, den Zusammenhang zwischen Biotreibstoffen und der durch die Palmölindustrie verursachten Waldzerstörung einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Filme wie »Hier Bio – dort Tod: Vom Sterben des Orang-Utans«, »Die Biosprit-Falle«, »Fette Beute – Indonesiens Palmölwüste« und Fernsehproduktionen wie »Umweltsünde Biosprit« (ORF Weltjournal), »Mogelpackung Biodiesel« (ARD Monitor) oder »Der Palmölskandal – Wie wir Stromkunden Umweltvernichtung finanzieren« (BR Report München) popularisierten das Thema soweit, dass man inzwischen mit »Biosprit« aus Palmöl sofort Regenwaldvernichtung assoziiert. Als eine breite Allianz von über 200 NGOs eine Abkehr von der zehn Prozent Zielsetzung für Agrotreibstoffe in Europa forderte, drohte der Markt für Agrotreibstoffe aus Palmöl in Europa zu versiegen.

#### **The Roundtable on Sustainable Palm Oil: Zertifizierte Nachhaltigkeit?**

Gegen die Kritik seitens der Umweltorganisationen hat sich die Palmölindustrie schon früh zur Wehr gesetzt. 1990 wurde das *Malaysian Palm Oil Council*

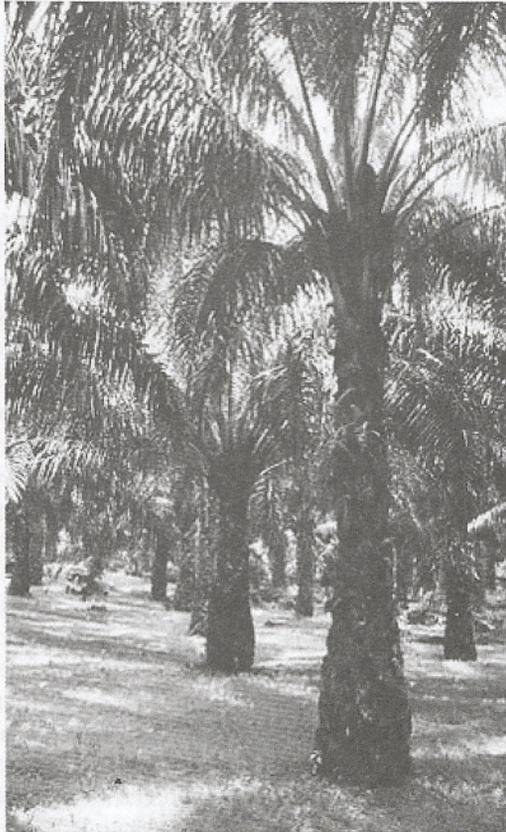
(MPOC) gegründet, um »auf die negativen Anschuldigungen seitens der Kampagnen-Organisatoren zu antworten«. Als Umweltgruppen in Europa die großen Palmölabnehmer in der Lebensmittelindustrie direkt ins Visier nahmen, initiierten Unilever, Migros und Sainsbury zusammen mit dem Unternehmervereinband der Palmölindustrie in Malaysia (*Malaysia Palm Oil Association*, MPOA), Palmölproduzenten, Verarbeitern (Golden Hope, Aarhus United) und dem WWF Ende 2002 den »Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl« (*Roundtable on Sustainable Palm Oil*, RSPO).

Der RSPO will »das Wachstum und die Verwendung von nachhaltigem Palmöl unterstützen« und dafür sorgen, »dass die Produktion von Palmöl in nachhaltiger Weise zu geschehen hat und auf wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Verträglichkeit beruht«. Er beruft sich offensiv auf das Paradigma der »nachhaltigen Entwicklung« als Übereinstimmung zwischen Profitmaximierung und ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Innerhalb weniger Jahren hat der RSPO es geschafft, fast die ganze Industrie zu vereinen. 70 der größten und wichtigsten Palmölproduzenten, 102 Palmölverarbeiter und -händler, 40 Unternehmen der Lebensmittel- und Chemieindustrie, 24 Supermarktketten und Energieunternehmen (zum Beispiel RWE) und neun Banken (zum Beispiel WestLB) sind mittlerweile Mitglieder. Ebenso beteiligt sind einige internationale NGOs im Umweltbereich (zum Beispiel WWF, Wetlands International) und im sozialen Bereich (zum Beispiel Oxfam).

In mittlerweile sechs jährlichen »runden Tischen« organisiert der RSPO Diskussionen um die »Prinzipien und Kriterien«, die die Nachhaltigkeit definieren sollen. Er funktioniert nach dem Prinzip der Selbstverpflichtung, bei dem sich die Mitglieder an sieben Prinzipien (Transparenz; Gesetzestreue; ökonomische Tragfähigkeit; bewährte Methoden; ökologische Verantwortung und Umweltschutz; Verantwortung gegenüber Mitarbeitern und betroffenen Gemeinden; verantwortungsvolle Neupflanzungen) halten sollen, die über Kriterien konkretisiert werden. Im sozialen Bereich wird etwa Kinderarbeit angesprochen, das Organisationsrecht der Arbeiter und es wird die Respektierung von Landrechten und Gewohnheitsrechten der lokalen Bevölkerung gefordert. Im ökologischen Bereich beinhalten die Kriterien im Wesentlichen Bestimmungen über die Produktionsmethoden, allen voran die »zero-burning« Bestimmung (bei dem die Neupflanzung der Plantagen nicht über Abbrennen sondern über Mulchen erfolgen soll) und die Forderung nach einer »integrierten Schädlingsbekämpfung« (Pestizideinsatz nur wenn nötig), bei der auch Nistkästen für Schleiereulen aufgestellt werden, die die Rattenpopulation regulieren sollen. Wichtig ist die Bestimmung, nach der neue Plantagen nicht auf Gebieten von Primärwäldern (»High Conservation Value Forest«) errichtet werden sollen. Im Hinblick auf Emissionen gibt es im Kontext des RSPO auch

einige Projekte, die das Methan auffangen, das beim anaeroben Abbau des Palmmühlenabfalls entsteht (und somit die Klimabilanz von Palmöl wesentlich verschlechtert), obwohl dies in den Prinzipien und Kriterien nicht ausdrücklich gefordert wird.

Die Zertifizierung von RSPO-Mitgliedern ist seit 2008 im Gang und könnte nun den Förderungskriterien der EU Richtlinie über Erneuerbare Energien entsprechen, die eine freiwillige Zertifizierung der Produzenten vorsieht. Allerdings gehen die EU-Kriterien in bestimmten Punkten weiter als die RSPO-Kriterien. So wird in der europäischen Richtlinie zusätzlich zu Primärwäldern die Umwandlung von »kontinuierlich bewaldeten Gebieten« (Art. 17, Abs. 4) und von Torfwäldern (Art. 17, Abs. 5) aus der Förderung herausgenommen (Europäisches Parlament 2008). In der gleichen Richtlinie wird aber Biodiesel aus Palmöl (mit Methanbindung) grundsätzlich eine Standardeinsparung bei Treibhausgasemissionen von 56 Prozent bescheinigt (Anhang V), was deutlich über den geforderten 35 Prozent Einsparung im Vergleich zu fossilen Treibstoffen liegt. In dieser Berechnung sind Landnutzungsveränderungen (bei denen, zum Beispiel bei Waldrodung, Treibhausgase freigesetzt werden) nicht berücksichtigt. Es spricht daher einiges dafür, dass die RSPO-Zertifizierung als »default System« fungiert und für die europäische Förderung anerkannt wird.



Ölpalmenplantation in Malaysia

Quelle: IFEU

### Oder doch Greenwash?

Die malaysische Palmölindustrie verwendet gerne Bilder der Schleiereule, um ihr nachhaltiges Image zu verkaufen. Doch für viele NGOs und AktivistInnen waschen solche Bilder eine Industrie grün, die gar nicht grün sein kann. Es wundert daher nicht, dass die meisten Gruppen, unter anderem auch internationale Akteure wie *Greenpeace* und *Friends of the Earth* sich dem RSPO nicht angeschlossen haben. Im Gegenteil, ein jüngst veröffentlichter Aufruf (die International Declaration Against the »Greenwashing« of Palm Oil by the Roundtable on Sustainable Palm Oil, Anon 2008), den 250 Organisationen schon unterschrieben haben, richtet sich explizit gegen das Grünwaschen von Palmöl durch den RSPO.

Der Aufruf bezeichnet den RSPO als »agri-business lobby organization«, die die kontinuierliche Expansion von Palmölplantagen zu legitimieren versucht. Diese Expansion, und weniger das Management der Plantagen selbst, ist das Problem: die Umwandlung von natürlichen Lebensräumen in großflächige Monokulturen kann grundsätzlich nicht als ökologisch nachhaltig gelten, wird aber durch die RSPO-Kriterien nicht in Frage gestellt. Für die RSPO-Gegner ist Palmöl daher die größte Ursache für die Waldzerstörung in Südostasien. *Friends of the Earth* schreibt 87 Prozent der Entwaldung in Malaysia zwischen 1985 und 2000 der Palmölindustrie zu. Diese Land-

nutzungsveränderungen, die der Produktion von »Biosprit« vorangehen, machen jeglichen klimapolitischen Nutzen zunichte oder beschleunigen gar die Klimaerwärmung.

Die Vehemenz der Kritik entsteht aber vor allem aus den Erfahrungen mit Landkonflikten, Vertreibung und Gewalt, die mit der Expansion einhergeht. Der Aufruf ist anlässlich des ersten Treffens des RSPO in Lateinamerika in Kolumbien verfasst worden, und spricht von 113 Morden, die dort von paramilitärischen Truppen in den Afro-Kolumbianischen Gemeinden verübt worden sind. Aber auch in Indonesien sind zahlreiche Konflikte um Wald- und Landressourcen dokumentiert. Die indonesische NGO *Sawit Watch* hat allein im Januar 2008 513 Konflikte zwischen Palmölunternehmen und

lokalen Gemeinschaften beobachtet und begleitet. Eine Studie in Südsumatra für das Jahr 2000 stellte fest, dass alle 81 Plantagen in irgendeiner Form Konflikte mit den lokalen Bewohnern hatten, wie zum Beispiel der jetzt stattfindende Konflikt in Karang Mendapo (siehe Kasten auf der nächsten Seite).

Am schwersten sind diejenigen Indigenen betroffen, die noch in irgendeiner Weise mit und vom Wald leben. In ihrer detaillierten Untersuchung des Einflusses von Palmölplantagen auf die Ernährungssouveränität von indigenen Dayaks in Zentralkalimantan (Borneo) stellt zum Beispiel Orth (2007) einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Verlust von Ernährungssouveränität und der Nähe der Palmölplantage fest. Das Vorhandensein von Waldflächen und der Zugang zu Land werden drastisch

eingeschränkt, was die Versorgung mit Waldprodukten und selbst angebautem Reis, aber auch die Vielfalt der Nahrung und die Wasserqualität deutlich reduziert.

Eine relative Ernährungssicherheit, die auf einem vielfältigen System von Waldnutzung (Medizinpflanzen, Honig, Obst, Wurzeln, Insekten, wilde Tiere, Rattan, Bambus, Tengawang (eine ölhaltige Nuss), Holz und Blätter; insgesamt werden 120 Arten genutzt), agroforstlichen Systemen (Kakao, Kaffee) und Landwirtschaft (Reis, Gemüse, Obst, Chili, Hühner) beruhte, geht so verloren. Der Verlust der Möglichkeit, sich selbst zu ernähren, ist in Verbindung mit den prekären Beschäftigungsverhältnissen als Lohnabhängige auf den Palmölplantagen, die um das Existenzminimum schwanken, die gesellschaftliche Verbindung zwischen Agrotreibstoffen und der Rückkehr des Hungers.

In Kalimantan, wo heute die größte Expansion stattfindet, kommt es dort zu Konflikten, wo neue Plantagen angelegt werden, zum Beispiel auch im Dorf Semuning Jaya, das von der indigenen Gruppe der Iban bevölkert wird:

»Im August 2005 begann PT Ledo Lestari Land in Samuning Jaya zu roden, unter anderem auch Primärwald, der seit Generationen von der Gemeinschaft für die Bewässerung ihrer Reisfelder geschützt wird, Kautschukplantagen und andere cash crops, Sekundärwald und heilige Wälder, die für die Gemeinschaft spirituell wichtig sind. Trotz wiederholten Beschwerden bei Treffen mit dem Unternehmen und der Distriktverwaltung fuhr das Unternehmen fort, bis zu 9.000 Hektar des Gemeindewaldes zu roden [...].«

Nachdem ihre Beschwerden ignoriert wurden, griffen die Bauern zur Tat und beschlagnahmten einen Bagger und sechs Stihl-Kettensägen. Sie erklärten:

»Die Semuning Jaya Gemeinschaft fordert Euch auf, die Souveränität unseres Landes und den Schutz

unseres Wassers und unserer Waldressourcen zu respektieren und informiert Euch, dass wir uns immer noch weigern, Palmöl in unserer Gegend zu akzeptieren, egal in welcher Form.«

Auch RSPO-Mitglieder sind in Landkonflikte involviert. Eine jüngst erschienene Untersuchung über Wilmar International auf Kalimantan kommt zu folgendem Schluss:

»Die drei Wilmar Subunternehmen in Sambas [Distrikt] begannen mit der Waldrodung auf Land der Dorfbewohner, das auch aufgrund des Gewohnheitsrechts beansprucht wurde. Sie kauften das Land der relevanten Gebiete und betroffenen Gemeinden nicht ordnungsgemäß. PT WSP und PT ANI rodeten Land außerhalb des Gebietes, das ihnen zugewiesen worden ist. Dies löste verschiedene Landrechtskonflikte in den Wilmargebieten aus, die das Unternehmen hinderten, sich so wie geplant auszuweiten.«

Ein anderes RSPO-Mitglied, der indonesische Konzern Musim Mas, ist dafür bekannt geworden, dass er repressiv gegen Gewerkschaftsaktivisten vorging. 2004 gründeten RaffineriearbeiterInnen in Pelalawan, Riau, eine unabhängige Gewerkschaft, die bald 1.183 ArbeiterInnen der Belegschaft von 2000 organisierte. 701 Gewerkschaftsmitglieder wurden nach einem Streik entlassen, und fünf Gewerkschaftsvertreter für bis zu zwei Jahre inhaftiert. Es wundert daher nicht, dass die Gewerkschaft den RSPO als »Deckmantel« bezeichnet, der die »brutale Ausbeutung« der Plantagenarbeiter rechtfertigen soll.

### Ausblick

Erste Erfahrungen mit den ersten drei zertifizierten Mitgliedern des RSPO legen nahe, dass die oben genannten Beispiele keine Ausnahmen sind. Auch wenn einzelne Beteiligte des »Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl« vielleicht ein genuines Interesse an verbesserten und ökologischeren Praktiken in der Palmölindustrie hegen, rechtfertigt der RSPO insgesamt die massive Ausweitung von großflächigen Monokulturen in Südostasien. Diese politische Ökologie der Naturverwertung widerspricht in der Praxis der indigenen Bevölkerung und der KleinbäuerInnen, was neue Allianzen zwischen diesen Akteuren und der Umweltbewegung entstehen lässt. In ihrer Erklärung gegen das Grünwaschen der Palmölindustrie positioniert sich diese Allianz daher für eine grundsätzliche Neuorientierung, weg von der industriellen Landwirtschaft, hin zur ökologischen und kleinbäuerlichen Bewirtschaftung und für eine Lösung der Klimakrise mittels Energieeinsparungen, Solar- und Windenergie, statt mit Agrotreibstoff-Monokulturen.

Eine Fassung des Artikels mit ausführlicher Literaturangabe ist bald auf den *südostasien*-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden.

## Freiheit für Muhammad Rusdi!

Muhammad Rusdi, Bürgermeister des Dorfes Karang Mendapo in Jambi, Indonesien, befindet sich seit dem 28. Januar 2009 in Haft, weil er Proteste gegen Palmölunternehmen angeführt hat. Im August 2008 hatten Bauern sich Land wiederangeeignet, das ihnen eine Tochtergesellschaft der Sinar Mas Konzerngruppe für die Aufzucht von Palmöl weggenommen hatte. Sie wurden somit zum Symbol des Widerstands für andere Bauerngruppen. Es wird befürchtet, dass Rusdi während seiner Haft misshandelt wurde. Schicken Sie Protestfaxe an:

1. Irawan Dapid Syah; Head of the Police Resort of Sarolangun; Fax: +62 74 122014 or +62 74 592500;
2. Daud Dharsono, President Director, PT Sinar Mas Agro Resources & Technology Tbk, Fax.: +62 21 3181389;
3. Zulkifli Nurdin, Governor of Jambi Province, Fax: +62 74 160400

Weitere Informationen bei Watch Indonesia:

[watchindonesia@watchindonesia.org](mailto:watchindonesia@watchindonesia.org)